

Leere Versprechungen

«Die Zeit ist reif für SPES», sagt Regierungsrat Hugo Quaderer in einem *Vaterland*-Beitrag (8. Nov.) über die Stellungnahme der Regierung zur ersten Lesung von SPES im Landtag. Liest man die Stellungnahme selber mal gründlich, kommen einem aber grosse Zweifel, was die Reife des Projekts «SPES» angeht.

Ein oft missbrauchtes Schlagwort der Reform ist «Chancengleichheit». Dazu behauptet die Regierung: «Auf Chancengleichheit wirken sich heterogene Gruppen, eine möglichst späte Selektion der Jugendlichen in getrennte Leistungszüge sowie offene und einfache Übergänge zwischen Leistungsniveaus positiv aus.» Nun soll aber bereits nach dem 1. Halbjahr in den Hauptfächern selektioniert werden, also nur gerade etwa 8 Monate nach Ende der Primarschule. Unter den vorgesehenen Leistungsniveaus soll für die gewünschte Durchlässigkeit gesorgt sein. Alle paar Monate werden die Schulen entscheiden müssen, ob die Schüler auch in der richtigen Niveaulasse sind. Dies lässt sich nicht mit dem Versprechen vereinbaren, dass der Selektionsdruck nach hinten verschoben und vermindert werde. Es wird sogar häufiger Selektionsdruck geben.

Von den Problemen, die sich da anbahnen, können Primarlehrer ein Lied singen: Nach der Abschaffung der Noten und Aufnahmeprüfung auf der Primarstufe wurde der Druck auf die Lehrer, die Schüler auf die «richtige» Sekundarschule zu schicken, um einiges grösser. Dazu die Regierung: «Es besteht tatsächlich die Gefahr, dass durch den Ausbau der Elternmitsprache vor allem privilegierte Eltern Einfluss auf Bildungsentscheidungen nehmen.» Im konkreten Fall heisst das: Wird ein Kind einem bestimmten Niveau zugeteilt und die Eltern reden mit, wird das als unliebsame «Einflussnahme auf Bildungsentscheidungen» gewertet. Die Elternmitsprache wird auf der einen Seite als Gefahr dargestellt, auf der anderen Seite den Eltern als Köder hingehalten.

«Die Regierung», heisst es, «geht vom Grundsatz aus, dass der Elternwunsch und das Schülerinteresse bei der Aufnahme in eine bezirksfremde Profilschule prioritär sind.» Für das Schulamt und die Schulleitungen gelten aber folgende Prioritäten: «Objektive Aufnahmekapazität unter Berücksichtigung der räumlichen und personellen Ausstattung, Zusammensetzung der Schülerschaft (...), Inanspruchnahme von Angeboten der Schule (...), Eignung und Interesse der Schülerin bzw. des Schülers für das Profil der Schule.» Die eine Seite verspricht, was die andere offenbar nicht halten kann oder will. Elternwunsch und Schülerinteresse zählen für das Schulamt praktisch nicht. Stossend ist auch, dass alles «prioritär» sein soll, nur tatsächlich erbrachte Leistungen nicht mehr.

SPES ist eine Mogelpackung. Sie verspricht ein ausgereiftes Schulsystem, beinhaltet aber noch viele leere Versprechungen.

Verein für Bildungsvielfalt